

Gifhorn, 06.05.2020

Beratungsfolge	Datum	Status
Verwaltungsausschuss	11.06.2020	nichtöffentlich vorberatend
Rat der Stadt Gifhorn	15.06.2020	öffentlich beschließend

**Drucksache IX/0821**  
**Antrag Bündnis 90/Die Grünen**

**"Sicherer Hafen" auch in Gifhorn**

---

**Sachverhalt:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Nerlich, sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender Knerr,

hiermit beantragen wir für Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Gifhorn, folgenden Antrag **„Sicherer Hafen“ auch in Gifhorn** in der nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses und des Rates zu berücksichtigen:

Antrag:

1. Die Stadt Gifhorn bekennt sich zu ihrer Verantwortung, Menschen zu helfen, die durch Krieg, Verfolgung und andere Notlagen ihre Heimat verlassen haben und in Deutschland Zuflucht suchen. Die Stadt Gifhorn hat mit der Unterstützung zahlreicher hauptamtlich und ehrenamtlich wirkender Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Jahren den Geflüchteten Obdach und Hilfe gewährt und wird dies auch in Zukunft tun.
2. Die Stadt Gifhorn ist bereit, Geflüchteten im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten Obdach und Hilfe zu gewähren, dies gilt auch für in Seenot Geratene.
3. Unabhängig von den verschiedenen Positionen zur Asyl-und Migrationspolitik, die im Stadtrat vertreten sind, bekennt sich dieser Rat klar zum Menschenrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.
4. Der Stadtrat setzt ein klares Zeichen der Menschlichkeit und Offenheit dieser Stadt und ihrer Menschen und deklariert die Stadt Gifhorn zu einem „Sicheren Hafen“. Im Rahmen ihrer Möglichkeit nimmt die Stadt zusätzlich aus Seenot gerettete Geflüchtete auf.

Begründung:

Mehr als 1.500 Menschen sind allein im Jahre 2018 im Mittelmeer ertrunken, die Dunkelziffer ist nach Berichten neutraler Beobachter deutlich höher. Die zivilgesellschaftliche parteiunabhängige Initiative Seebrücke protestiert bereits seit ihrer Gründung im Juli 2018 gegen das Sterben Unschuldiger im Mittelmeer und die Kriminalisierung von Seenotrettern. Immer wieder gibt es Fälle, in denen Menschen aus dem Meer gerettet werden, aber die Häfen Europas die Einfahrt der Schiffe mit Geretteten an Bord nicht zulassen und die Tore Europas damit für hilfs- und schutzbedürftige Menschen verschlossen bleiben. Viele kommunale Gebietseinheiten in Europa, in Deutschland zum Beispiel die Städte Hannover, Osnabrück, Oldenburg, Braunschweig oder auch der Landkreis Hildesheim und Wolfenbüttel haben sich bereits mit der Seebrücke solidarisiert. Insgesamt haben sich allein in Deutschland 144 Kommunen solidarisiert und sich zu einem sicheren Hafen erklärt. Sie bieten damit an, in Seenot geratene Menschen aufzunehmen, leisten einen Beitrag, mehr Menschen ein sicheres Ankommen zu ermöglichen und stellen sich gegen die Abschottungspolitik Europas.

Die Stadt Gifhorn sollte ebenfalls ein Zeichen für Menschlichkeit und Solidarität setzen. In den letzten Jahren hat die Bevölkerung der Stadt gemeinsam mit Verwaltung und Politik gezeigt, dass sie bereit und fähig ist, geflüchtete Menschen aufzunehmen und zu integrieren. Dieser Weg sollte in der Stadt Gifhorn weiter gegangen werden. Damit setzen wir ein deutliches Zeichen der Menschlichkeit und Offenheit unserer Stadt. Außerdem zeigen wir dadurch auch ein Gegengewicht zu steigender Fremdenfeindlichkeit und Hass gegenüber hilfsbedürftigen Menschen.

Mit freundlichen Grüßen

Nicole Wockenfuß  
Fraktionsvorsitzende